

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dabberbrück, Rönshof, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. **Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.** **Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.**

Nr. 8 **Halver** **Samstag, den 5. April 1919.** **19. Jahrgang**

Er erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postamt abgeholt 3.— M., durch den Boten 3.30, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 3.42 Mark. Anzeigen: Für die einspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Restameile 60 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinwiegend bei langjähriger Beibehaltung der Gebühren.

Vertauschte Rollen.

Die Welt ist rund und muß sich drehen, was oben steht, wird unten stehen — an diese alte Spruchweisheit sind wir schon im Zeitalter des Kapitalismus oft genug erinnert worden. Erst der jetzt werdende Sozialismus scheint jedoch aus ihr eine alltägliche Erfahrung machen zu wollen. In den Arbeitermassen treibt der dunkle Drang nach sofortigen grundstürzenden Veränderungen in allen hergebrachten Verhältnissen zu dem Verlangen, daß auch in ihrer persönlichen Wirkungsphäre das unterste zu oberst gelehrt werde, daß der bisherige Machthaber, dessen Anordnungen sie zu folgen hatten, fortan ihren Bestimmungen unterstellt werde; sie wollen jetzt diejenigen sein, die etwas zu sagen haben, nicht nur in Staat und Gemeinde, also da, wo die sogenannte große und wo die kleine Politik gemacht wird, sondern auch auf ihrer Arbeitsstelle, wo sie sich und ihr Können unmittelbar ausleben können. Daher das ungestüme Beharren auf den in der Revolution geborenen Arbeiter- und Betriebsräten, die aus ihrer eigenen Mitte zu wählen sind und deren Tätigkeit sich unter ihren Augen abzuspielen hat, ohne Dazwischenkunft irgendwelcher übergeordneter Instanzen, deren Würde, deren Höhe die Vertraulichkeit entfernt, die von den Arbeitern, wenigstens in ihrer nächsten Umgebung, in Zukunft nicht mehr vermisst werden möchte. Gar kein Zweifel, daß mit diesen starken Erleben der menschlichen Natur mehr als bisher gerechnet werden muß.

Aber sollte nicht auch diese Neuordnung unserer gesellschaftlichen Zustände ihre Schattenseiten haben, wie schließlich alles hier unter dem wechselnden Mond? Wir brauchen uns nicht bei theoretischen Klugeleien aufzuhalten, sondern wollen die Erfahrung des täglichen Lebens sprechen lassen. Da hören wir z. B. aus Buda-pest, daß man dort den Generaldirektor einer der größten Banken des Landes nach seiner Abweisung als — Buchhalter wieder eingestellt hat und ihn nun unter Aufficht eines sogenannten Vertrauensmannes arbeiten läßt, der bisher in dem Hause, seinen Fähigkeiten entsprechend, an untergeordneter Stelle verwendet worden war. Ein solcher himmelführender Wechsel in den persönlichen Verhältnissen ist gewiß auch in früheren Zeiten nicht gar zu selten vorgekommen; Leichtsin, Schuld, Laine des Schicksals haben immer und überall ihr Wesen getrieben. Aber wenn ein Mann, der es verstanden hat, ein großes Unternehmen auf die Füße zu stellen, nur um deswillen aus seiner Stellung entfernt wird, weil jetzt eben „andere Zeiten“ gekommen sind, und wenn ihm statt dessen eine Arbeit angewiesen wird, die jeder Dugendmensch mit dem gleichen Nutzen wie er verrichten kann, so ist nicht nur er selbst der Leidende Teil; der Betrieb im ganzen muß verdorren und damit die Gesamtheit der Angestellten Schaden nehmen, ja darüber hinaus natürlich auch die Volkswirtschaft des ganzen Landes zu kurz kommen. Wenn jedem Tüchtigen, der von unten kommt, freie Bahn geöffnet werden soll, so ist doch eigentlich nicht einzusehen, warum nicht auch der von oben stammende tüchtige Arbeiter an der Stelle verbleiben soll, an der er bisher schon hervorragendes geleistet hat. Die politische Gesinnung allein macht es nicht, wenigstens nicht außerhalb des engeren Arbeitsfeldes der Berufspolitiker. Es soll auch vorkommen, daß die Gesinnung zuweilen wechselt, während ein tüchtiger Bankdirektor ebensowohl einer monarchischen wie einer republikanischen, einer demokratischen wie einer bolschewistischen Regierung eine willkommene Stütze ihrer Arbeit zu sein vermag. Wer hat einen Vorteil davon, wenn er lediglich mit Schreibarbeit beschäftigt und an seine Stelle ein Neuling oder ein vielköpfiges Kollegium von Neulingen gesetzt wird, von dem niemand vorher wissen kann, wie die Probe auf seine Geschäftstüchtigkeit ausfallen wird? Muß das Prinzip unter allen Umständen „gerechelt“ werden, auch auf die Gefahr hin, daß die Volksgemeinschaft dabei zugrunde geht?

Oder nehmen wir, um nicht nur in die Ferne zu schweifen, den neuesten „Fall“, den wir soeben wieder in Berlin erlebt haben: den Fall Klawunde. Zum Kommandanten der Reichshauptstadt wurde in der alten Zeit immer nur ein in langjährigem Militärdienst erfahrener und heftens erprobter Mann ernannt, ein hoher Offizier, auf den sich die Staatsleitung und mit ihr die Öffentlichkeit in jeder Beziehung unbedingt verlassen konnte. Nach der Revolution wurde zunächst ein bürgerlicher Genosse, der halb als „Bluthund“ verschrieene Abgeordnete Weis, auf diesen Posten gestellt, und nach seinem dramatischen Abgang ein Feldwebel aus Potsdam, von dem bis dahin kein Mensch etwas gehört hatte. Die Leute, die ihn nachher beobachten konnten, versichern, eine biedere Beamtenhaut — nicht weniger, aber auch nicht mehr. In den bewegten Zeiten immerhin eine etwas beachtenswerte Qualifikation. Und nun hört man plötzlich von verschwundenen Summen, über die Herr Klawunde keine Aufklärung zu geben vermag, von der Einleitung einer Untersuchung und was sonst noch zu einem Skandal dieser Art zu gehören pflegt. Man hat auch hier wieder die Rollen vertauscht: einen Mann, der an zweiter oder dritter Stelle wohl gutes leisten mochte, an den ersten Platz gestellt, statt ihn unter Aufsicht zu halten, andere seiner Aufsicht untergeordnet und so das Unheil heraufbeschworen, das jetzt zu beklagen ist. Wiederum müssen wir feststellen: die Gesinnung allein macht es nicht. Auch nicht bei den vielen Beamtenernennungen, von denen man jetzt alle Tage hört und liest und wo immer nur die Parteizugehörigkeit, nicht die sachliche und sachliche Ausbildung, auch nicht die unbedingte Zuverlässigkeit des Charakters den Ausschlag zu geben scheint. Das sind Sünden wider den heiligen Geist einer guten Geschäftsführung, die sich um so schwerer rächen müssen, je mehr das ganze nicht so feste Gefüge unseres Staatslebens ins Wanken gerät. Noch ist es Zeit, aus den Erfahrungen seit dem 9. November wenigstens auf diesem Gebiete die richtigen Lehren zu ziehen.

Staat und Kirche.

Verhandlungen im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung.
ml. Weimar, 2. April.

Die Beratungen über Artikel 30 des Verfassungsentwurfes wuchsen sich gestern zu einer aus dem Durchschnitt heraussteigenden Höhe aus. Der Artikel lautet im Entwurf:

Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit verbietet die behördliche Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, soweit davon nicht Rechte und Pflichten abhängen, macht die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern von dem religiösen Bekenntnis unabhängig und sichert die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen, zu denen andererseits niemand gezwungen werden darf, sowie die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften.

Verschiedene Anträge liegen dazu vor. Das Zentrum will die Frage nach der religiösen Zugehörigkeit so gestellt sehen, daß Auskunft nur insoweit zu erteilen ist, als davon Rechte und Pflichten abhängen; ferner soll niemand „von Staatswegen“ zu einer kirchlichen Handlung oder Feier gezwungen oder an der Erfüllung seiner religiösen Pflichten gehindert werden dürfen; endlich soll auch die Vereinigung zu geistlichen Gesellschaften (Orden) freistehen. Die Sozialdemokratie beantragte, daß die Frage nach der Religionszugehörigkeit „für öffentliche statistische Zwecke“ gestellt werden kann, daß die Religionsübung „innerhalb der durch die guten Sitten und öffentliche Ordnung gezogenen Schranken“ frei ist und daß die Religionsgesellschaften bei sonstiger Freiheit den allgemeinen Gesetzen unterworfen sind.

Die Aussprache bewegte sich in einer der sublimen Eigenart des Stoffes angemessener Form. Gleich der erste Redner, der sozialdemokratische Abgeordnete Meerfeld schlug entgegenkommende Töne an. Er bekämpfte zwar den Zentrumsvorschlag, weil er die freie Kirche im unkreisen Staat wolle. Weiter versicherte er aber, daß sich über die Form der Durchführung durchaus reden lasse, daß die Sozialdemokratie weit entfernt sei von kulturkämpferischen Neigungen und daß der

hohe Wert der Pflanze religiös-sittlicher Gesinnung von keiner Partei durchaus anerkannt werde. Für die deutsche Volkspartei forderte Abg. Dr. Kahl Festlegung der Grundrechte für Religionsgesellschaften in der Reichsverfassung. Er ist für vollkommene Gewissensfreiheit, für Aufhebung des Gebotanges, für mögliche Teilung der Zuständigkeiten, wenn er auch vollständige Trennung von Staat und Kirche nicht für möglich hält.

Abg. D. Naumann von den Demokraten will alle Fragen im Einklang mit den übrigen Parteien im Sinne des Friedens und der Verständigung geregelt sehen. Bei der Trennung handelt es sich um die Stellung, die die Kirche als solche im Staat der Republik haben solle. Für den Staat bedeute die Trennung eine Entlastung, für die Kirche einen Zwang zum inneren Zusammenhalt. Die evangelische Kirche sei in Deutschland bisher nie eigenen Rechtes gewesen. Sie habe beim Staate gleichsam zur Miete gewohnt. Jetzt werden wir sie nicht einfach auf die Straße setzen wollen, ohne für ihren neuen Zustand mitbedacht zu sein. Auch der kleineren freikirchlichen Gruppen müssen wir in diesem Zusammenhang bedenken. Wichtiger aber noch ist der Zusammenhalt der evangelischen Kirche im ganzen, wozu wir hier die Vorbedingungen schaffen, indem wir eine alte Periode abschließen und Rechtsformen der Zukunft gewinnen. Dr. Mausbach (Ztr.) führte aus, das Prinzip „Religion ist Privatfache“ bedürfe der Ergänzung durch die soziale Bedeutung der Religion und der Religionsgesellschaften. Neben den Staatskirchen muß die Möglichkeit freier Privatschulen bestehen bleiben. Der deutsch-nationale Redner Abg. Düringer betonte, es sei für jeden Staat und insbesondere für den neuen deutschen ein Lebensinteresse, die sittlichen Kräfte, die in den kirchlichen Gemeinschaften gepflegt werden, zu erhalten und zu beleben. Die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat müsse durch die Verfassung verankert werden, um die einschlägliche Gesetzgebung vor Eigenmächtigkeiten auf diesem Gebiete zu bewahren und die Änderung der Bestimmungen später zu erschweren.

Erzellen v. Sarnack,

der an den Verhandlungen teilnahm, ist dagegen für ein besonderes Reichsgesetz. Die Sozialdemokraten, sagte Sarnack, zeigen jetzt ihren erfreulichen Wirklichkeitsinn, von dem alle Parteien geleitet haben, auch auf das Gebiet der idealen Kräfte ausgedehnt. Wir werden nicht um diese Aufgabe herumkommen, sowohl in den Grundrechten wie in der Verfassung und in der Landesgesetzgebung, insbesondere in einem grundgesetzlichen Gesetz über das Verhältnis von Staat und Kirche Bestimmungen zu treffen. Über nicht ohne weiteres lassen sich Religionsgesellschaften und geistliche Gesellschaften zusammenstellen, und so ist noch anderes zu nennen, was ausführlicher gefaßt werden muß. Es ist mein Standpunkt, daß der Religionsunterricht unter Leitung der Religionsgesellschaften erteilt wird, aber es müßte hinzugefügt werden: unbeschadet des technischen und pädagogischen Aufsichtswesens des Staates. Wir brauchen ein grundgesetzliches Gesetz. Es liegt eine große ideale Erziehungskraft in der Kirche, die jedem Menschen in der Jugend einen festen Halt gibt. Man kann die Religionsgesellschaften nicht mit Regierungen gleichstellen. Nach der Entwicklung von beiden Seiten werden wir einen Boden gewinnen, um Tüchtiges für das Vaterland zu schaffen.

Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Die Beratungen im Weimarer Verfassungsausschuss. Die Besprechungen über das große Problem „Kirche und Staat“ im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung sind in den Brennpunkt getreten. In der allgemeinen Besprechung der Glaubens- und Gewissensfreiheit behandelnden Artikel kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) und dem Regierungsvertreter v. Sarnack. Während der Abg. Kahl namens seiner Partei die gesamten kirchlichen Grundrechte in der Verfassung verankert haben wollte, trat Sarnack dafür ein, daß nur die allerwichtigsten Punkte für die Kirche verfassungsmäßig festgelegt werden sollten. Man dürfe die betreffenden Verfassungsartikel nicht allzu sehr mit Einzelheiten belasten. Nach Schluss der allgemeinen Besprechung setzte der Ausschuss die Einzelberatung der Art. 30 und 31 fort. Ein gemeinsamer Antrag der Abg. Dr. Quard (Soz.) und Dr. Naumann (Demokrat) will Art. 30 wie folgt fassen:

„Alle Bewohner des Reiches genießen volle Glaubens-, Gewissens- und Gedankenfreiheit und staatlichen Schutz für unaufgeforderte Religionsübung. Die allgemeinen Staatsgesetze bleiben hiervon unberührt. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur insoweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen, oder eine geistlich angeordnete staatliche Erhebung abgefordert. Der Genuss bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesformel gezwungen werden. Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt. — Die Freiheit der Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenhalt von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keinen Beschränkungen.“

Während Zentrum und die Rechte verlangen, daß der öffentlich-rechtliche Charakter der Kirche in der Reichsverfassung unbedingt betont werden müsse, vertrat Reichsminister Dr. Breuß die Ansicht, daß sich mit dem schwankenden Begriff der Körperschaft des öffentlichen Rechtes eine legale Interpretation kaum in die Verfassung hineinschreiben lasse. Der Begriff dürfte also für die Grundrechte wenig angemessen sein. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Quard erklärte sich gegen die Erhaltung der alten Behördenrechte der Kirche. Bezüglich des Bestenfallsrechtes genüge es, wenn den Religionsgesellschaften die Vollstreckbarkeit ihres Anspruches auf Mitgliederbeiträge zugesprochen würde. Schließlich wurde der obige Antrag angenommen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

- + Der ehemalige Kronprinz und Ludendorff. Der ehemalige deutsche Kronprinz schreibt bekanntlich aus seiner Erinnerung nieder. In einer Unterredung hat sich der Kronprinz über Ludendorff und seinen Generalstab sehr erbittert ausgesprochen. Ludendorff sei nach der Meinung des Kronprinzen ein talentvoller und vortrefflicher General für einen kurzen Feldzug, aber vollkommen unzureichend für einen langen Krieg. Der Kronprinz gab im Laufe der Unterredung an, daß er in Deutschland nie populär gewesen sei, er bestritt aber, den Krieg gewollt zu haben. Er habe lediglich dafür Sorge getragen, daß Deutschland für den Krieg gerüstet gewesen wäre.
- + Die Trennungsbewegungen in Bayern nehmen größeren Umfang an. In Fränkisch-Bayern erklärt man nämlich zu wissen, die Reichsregierung würde nicht einen Augenblick zögern, im Falle der Ausrufung einer Sowjetrepublik in München den politischen und wirtschaftlichen Bankrott über Bayern zu verhängen. Nach den ersten Anzeichen, daß München sich im Lande durchzuleben versuchte, würde nicht nur Südbayern, sondern vor allem Fränkisch-Bayern von den Geldquellen des Reiches entbloßt werden. Deshalb sieht Franken nach Weimar und dem Rhein und wartet auf das Signal zum Bruch mit einer Überlieferung, die zum Verhängnis für eine wirtschaftliche und politische Zukunft zu werden droht — wenn nicht schon geworden ist.
- + Maßregelung wegen vaterländischer Gesinnung. Der Saarbrücker Oberbürgermeister Mangold wurde auf Verfügung des Reichsausschusses vom 28. März seines Amtes enthoben. Die französische Militärverwaltung hat Anstoß an dem Hervortreten des Oberbürgermeisters als Unterzeichner des rheinischen Protestes gegen eine Lösung von Deutschland genommen.
- + Die Polonisierung in Posen geht ungehindert weiter. So beschloß der polnische Volkstest für die Stadt Posen, die deutschen Namen von 21 Straßen in polnische umzuwandeln. Die Straßennamen sollen baldmöglichst ausgetauscht werden. Die neuen Tafeln werden 70000 Mark kosten. Oberbürgermeister Dremßl teilte mit, daß die deutschen Denkmäler in einer Posen nicht mehr sein würden.
- + Die Osterferien der Nationalversammlung werden voraussichtlich vom 12. bis 24. April dauern. Dagegen soll der Verfassungsausschuss zur Beilebung seiner noch immer stark im Rückstand befindlichen Arbeit nur kürzere — erien halten und spätestens am 24. April wieder zusammenzutreten.
- + Los von München ist ein Ruf, der mehr und mehr in der dortigen Bürgerschaft laut wird. Jetzt hat sich sogar ein Einwandererklub gebildet, der die Auswanderung nach Südamerika propagiert. Sehr viele Personen der oberen Klassen verlassen übrigens München auch in Richtung auf das Land oder auf andere deutsche Bundesstaaten. Auf den Güterbahnhöfen stehen Hunderte von verpackten Möbelwagen, die aus Wagenmangel nicht abtransportiert werden können. Der Kauf von Landhäusern nimmt rapid zu. Die Rückwärtslosigkeit, mit der die Räumung oder die Überlieferung möblierter Räume für die Zivilbevölkerung verlangt wird, wird weitere Abwanderungen aus der bayerischen Hauptstadt veranlassen.
- + Trennung von Koburg und Gotha. In der Koburg-Gothaischen Landesversammlung erklärte der Volksbeauftragte Schauder, beide Regierungen ständen auf dem Standpunkt der Trennung der Gemeinshaft. Ein partitischer Ausschuss wurde mit den Vorarbeiten betraut. Die Trennung wird auf die starken Gegensätze zurückgeführt, die sich zwischen den beiden Ländern herausgebildet haben.
- + Eine Probeabstimmung in Schleswig. Der deutsche Ausschuss für das Herzogtum Schleswig hat, um die maßgebenden Stellen Deutschlands und Dänemarks sowie die Friedenskonferenz von der wahren nationalen Gesinnung Flensburgs zu unterrichten, eine Probeabstimmung veranstaltet. Es sind 24363 deutsche Unterschriften eingegangen gegen 9401 dänische. Dabei sei zu berücksichtigen, daß man in deutschen Kreisen der Probeabstimmung nicht allgemaine Beachtung schenkt.

Griechenland und der Weltkrieg.

König Konstantin als Freund der Mittelmächte.

Nach Meldungen aus Athen hat die parlamentarische Untersuchungskommission, die sich mit der Prüfung der Geschäftsführung des früheren Ministeriums Lambros befaßt, einmündig festgestellt, daß der frühere König Konstantin dreimal im Begriffe gestanden hat, der Entente den Krieg zu erklären. Er hat sich hierbei in voller Übereinstimmung mit dem griechischen Generalstab befunden. Zum ersten Male sollte Griechenland in den Krieg eintreten während des Rückzuges der Entente-Truppen in Mazedonien. Das zweite Mal handelte es sich um den Befehl des Generals Zungas, an die griechischen Truppen, der Unordnung des Generals Serrail, das Fort Demir Sifkar zu sprengen, Widerstand zu leisten. Endlich drohte der Krieg anlässlich der Ereignisse im Dezember 1916, als französische Matrosen in den Strahlen Athens ermordet wurden. Nach zuverlässigen Zeugnissen lag ein formelles Übereinkommen mit Deutschland vor, wonach dieses sich verpflichtet hatte, den Griechen für ihre Hilfe das Gebiet von Doiran, das Dodekanes und Albanien auszugeben. Jedoch kam das betreffende Schriftstück hierüber nicht beigebracht werden, das der König angeblich verborgen halten soll.

Sofales und Provinzielles.

Halver, den 5. April.

1795 Friede zu Basel zwischen der französischen Republik und Preußen — 1917 Die Vereinigten Staaten verließen den Kriegszustand mit Preußen.

Kündigungs-, Einstellungs- und Entlassungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung hat eine einschneidende Verordnung erlassen. Von nun an sind die Demobilisierungsausschüsse berechtigt, die Arbeitgeber zur Entlassung gewisser Arten von Arbeitnehmern anzuhalten, um auf diese Weise Platz für Erwerbslose zu schaffen. Zu den Arbeitnehmern, deren Entlassung zwingend aufgelegt werden kann, gehören die, welche 1. weder auf Erwerb angewiesen sind, noch bei Kriegsausbruch einen auf Erwerb gerichteten Beruf hatten, oder 2. bei Kriegsausbruch oder später als Arbeiter in einem land- oder forstwirtschaftlichen Haupt- oder Nebenbetrieb, als Bergarbeiter oder als Gefinde berufsmäßig tätig waren oder 3. während des Krieges von einem anderen Orte gezogen sind, es sei denn, daß sie Schwerbeschädigte sind oder beim Inkrafttreten dieser Verordnung an ihrem derzeitigen Wohnort mit ihrer Familie einen gemeinschaftlichen Haushalt führen oder bei Kriegsausbruch ihren Wohnsitz als Reichsdeutsche im Ausland oder an einem Orte hatten, wohin ihnen die Rückkehr infolge von Maßnahmen feindlicher Mächte verweigert ist. Von der Entlassungspflicht ausgenommen sind die vom Arbeitgeber beschäftigten eigenen Haushaltsangehörigen, 2. Generalbesoldungsberechtigte und die im Handelsregister oder Genossenschaftsregister eingetragenen Organe und Vertreter des Unternehmens, 3. Arbeiter in einem land- oder forstwirtschaftlichen Haupt- oder Nebenbetriebe, 4. Bergarbeiter, 5. Gefinde, 6. Bühnen- und Orchestermitglieder. Ausnahmen können auch sonst zur Vermeidung von Härten gemacht werden. Vor der Kündigung ist der Angestellte auszufragen. Kündigt der Arbeitgeber auf Anordnung des Ausschusses nicht, so tut es an seiner Stelle der Demobilisierungsausschuss, doch kann dessen Kündigung binnen einer Woche beim „Demobilisierungskommissar“ angefochten werden. Auf Grund der neuen Verordnung entlassen, auf Erwerb angewiesene Arbeitnehmer werden in den ersten sieben Tagen nach der Entlassung mit ihrer Familie frei in ihre Heimat befördert. Neueinstellung für die Entlassenen hat auf Anordnung des Demobilisierungsausschusses zu erfolgen. Die Verordnung ist schon in Kraft getreten.

Halver, 5. April. Ein Gedengottesdienst für die deutschen Gefangenen in feindlichen Ländern findet auf Anordnung der kirchlichen Behörde am morgigen Sonntag, den 6. April statt. Bereits am vergangenen Sonntag ist in der hiesigen evangelischen Kirche die Vindication der Not der deutschen Gefangenen verordnete Sammlung veranstaltet worden und hat den erfreulichen Betrag von 111 Mark ergeben.

SS Kierspe-Bez. 4. April. (Wochenbericht des Demokratischen Vereins.) Der demokratische Donnerstag in Kierspe war diesmal ganz besonders gut besucht, u. a. neben verschiedenen tapferen Frauen auch von Landwirten und Jungmannschaft vom Kierspe-Bez. Nach dem allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Referat konnte die Tagesordnung in Angriff genommen werden, die wegen der für den 8. April bevorstehenden Gemeinderatssitzung sehr reichhaltig war. Die anwesenden Landwirte beanstandeten lebhaft die Einrichtung des Milchbogens bei Lieferung an die Molkerei, es fanden sich allerdings auch Fürsprecher, im großen und ganzen bestand aber die Meinung, daß, wer verhamstern will, es mit oder ohne Milchbogen tut, wie die Erfahrung beweist. Der Antrag der Mitglieder Otto Bollmerhaus und Fritz Potthoff auf Unterstützung bei Errichtung von Schutzmauern an der Hochstraße wurde nach eingehender Besprechung der Sachlage durchaus anerkannt und fand lebhafteste Unterstützung. In Sachen Talerteich-Gelände kamen verschiedene Ansichten zum Ausdruck, im großen und ganzen war man der Meinung, die Gemeinde möge es vielleicht besser noch behalten. Sehr warm traten Bahnhöfer und Dörfler vor allen Dingen auch die anwesenden Frauen, dafür ein, daß zur Entlastung der Schwester Augusta, die früher als Kinderportnerin tätig gewesen, Schwester Klara als 2. Gemeindevorsteherin mit Wohnsitz in Kierspe-Bez. eingestuft wurde. Begrüßt wurde auch der Beschluß der Amtsverwaltung den „Allgemeinen Anzeiger“ als Blatt für die amtlichen Bekanntmachungen zuzulassen, damit ist den Wünschen vieler Mitglieder und Leser dieses Lokalblattes entsprochen. Sehr interessant waren sodann die von Herrn Lehrer Brebecke gemachten Mitteilungen in der Schulfrage. Einseitig war man der Meinung darüber, daß die Raumfrage in der Oberstufe schnellstens gelöst werden müsse. Vier Jahrgänge in einem Raum zusammengepfercht auf Bänken zu 7—8 Kindern, wo die Bänke nur für 4 Kinder eingerichtet sind, das sind unhaltbare Verhältnisse, die schnellstens gebessert werden müssen. Es wird ein Antrag vorbereitet an die Gemeindevertretung, der die Schulfrage in den Vordergrund rückt. Von Seiten der Landwirte wurden die anwesenden Lehrer noch gebeten, den gemeinschaftlichen Schulgang der großen mit den kleinen Kindern von den Höfen zu ermöglichen, auch sollten die Kinder möglichst gleichzeitig mittags zum Essen zu Hause sein können. Mit großem Bedauern mußten die anwesenden Lehrer dieses aber eben wegen den außerordent-

lichen Schwierigkeiten der Raumfrage bei allem guten Willen auf ihrer Seite für unmöglich erklären. Schließlich war noch als sehr wichtiger Punkt auf der Tagesordnung die Neuwahl des Arbeiterrates, in den auch Beamte und Angestellte aufgenommen werden sollten. Es wurde einstimmig den aufgestellten demokratischen Kandidaten Emil Lumbeck und Lehrer Brebecke vom Beamtenverein und den vereinigten Angestellten aus Unterstützung zugesagt, daselbe geschah von Seiten der anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, die sich alle zu einer Einheitsliste zusammenschlossen haben.

Winden, 4. April. Im benachbarten Dorfe Eickhorst fanden zwei zwölfjährige Knaben den Tod durch Elektrizität. Von dem Mast einer Lichtleitung hing ein gerissener Draht herunter. Die Knaben mußten ihn angefaßt haben und konnten ihn dann nicht wieder loslassen. Man hat später die Kinder tot aufgefunden.

Gemeindeverordneten-Sitzung Halver.

Unter dem Vorsitz des Amtsmanns Thomas fand am Donnerstag, den 3. ds. Mts. nachm. 3 Uhr beginnend die erste Sitzung der neuen Gemeindevertretung Halver statt. — Die am 2. März ds. Js. getätigte Wahl der 15 Gemeinde-Verordneten wurde für gültig erklärt. Der Vorsitzende verpflichtete die Mitglieder durch Handschlag auf ihr Amt. — In den ersten Beratungspunkt fiel die Wahl eines Gemeinde-Vorstehers, da die Amtszeit des bisherigen Gutsbesizers Wilhelm Hedfeld in Wegerhof mit dem 31. Dezember 1918 abgelaufen war. Mit Stimmenmehrheit wurde Hedfeld auf eine neue 6-jährige Amtsdauer wiedergewählt. — Anstelle des ausgeschiedenen Amtsverordneten Landwirts Karl Hevendehl in Becke wurde mit Stimmenmehrheit der Gutsbesitzer Wilhelm Lausberg in Ober-Vahlefeld gewählt. — Für die bisher 12 Mitglieder zählende Schul-Deputation Halver sind infolge der am 31. Dezember 1918 abgelaufenen Amtsdauer der Mitglieder Neuwahlen zu tätigen. — Die Gemeinde-Vertretung hat aus ihrer Mitte 2 Mitglieder zur Schul-Deputation zu wählen, die im Verein mit dem Gemeinde-Vorstande die übrigen Mitglieder zu berufen haben. Von den Gemeinde-Verordneten wurden zu Mitgliedern bestimmt die Herren Welter-Halver und Rappes-Oberbrügge. Aus der Mitte des Kollegiums wurde zur Zusammenfassung der Schul-Deputation Erhöhung der Mitgliederzahl auf 15 beantragt. Von diesen Mitgliedern sollen für die Folge 5 dem Lehrerstande dann entnommen werden, wenn nicht bereits aus der Mitte der Gemeinde-Vertretung Angehörige des Lehrstandes zu Mitgliedern der Schul-Deputation berufen sind. Ist letzteres der Fall, so verringert sich die genannte Zahl in dem Maße, in dem aus der Gemeinde-Vertretung Lehrer der Schul-Deputation angehören. — Zur Bau-Deputation wurden auf eine 6-jährige Amtsdauer gewählt die Herren Schreinermeister Rodemann in Ehringhausen, Fabrikarbeiter Schulte in Halver und Straßenmeister Brückmann in Halver. — Der Landwirt Ewald Wiebusch zu i. d. Bever wurde auf eine neue 3-jährige Amtsdauer als Schiedsmann-Stellvertreter wiedergewählt. Von Seiten des Gemeinde-Verordneten Köhler und Genossen ist der Erlaß einer neuen Geschäfts-Ordnung für die Sitzungen usw. des Kollegiums beantragt. Zur Ausarbeitung einer solchen wurde eine Kommission, bestehend aus den Verordneten Mühlen, Köhler, Bremicker, Enneper und Schulte bestimmt. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, daß in Zukunft allmonatlich mindestens eine Sitzung stattfinden soll, daß die Sitzungen öffentlich abgehalten und daß die Vertreter in der Gemeinde-Vertretung und den Kommissionen in Zukunft für jede Sitzung mit 10 M. entschädigt werden sollen. — Sodann kam das Wohnungsweien in der Gemeinde zur Sprache. Zur Behebung der Wohnungsnot wurde eine Kommission bestehend aus den Herren Rittinghaus, Marg, Schulte, Lemmert und Gierseper berufen, der die Aufgabe gestellt ist, den Wohnungsbedarf festzustellen, freiwillige Bereitstellung von Zimmern im Wege der Aufforderung zu erlangen suchen, auch die nötigsten Fälle sofort zu regeln unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen. — Ein Antrag der Geor. Köhler auf Verkauf eines Gemeinde-Grundstückes zur Errichtung eines Doppelwohnhauses wurde genehmigt, ein zweiter gleicher Antrag abgelehnt. — Desgleichen wurde abgelehnt ein bereits in letzter Sitzung abschlägig beschiedener, jetzt neu gestellter Antrag auf Ueberlassung von Gemeindegut. — Es sind Bestrebungen im Gange über die Versorgung des südlichen, nördlichen und östlichen Teiles der Gemeinde mit elektrischer Energie. Das Elektrizitätswerk Mark zeigt den Bestrebungen Entgegenkommen, ist aber zum entsprechenden Ausbau des Strom-Verteilungsnetzes nur bereit, wenn die Beteiligten den Preisverhältnissen entsprechende Baukostenzuschüsse leisten. Allein für das südliche Gebiet wird ein Zuschuß von 178170 Mk. bei einer Gesamt-Baukosten-Summe von 218170 Mk. verlangt. In dieses Gebiet entfallen rund 100 Besitzungen, das macht auf jede Besitzung einen Zuschuß von rund 1800 Mk. Die Beteiligten des südlichen Gebietes hat der Amtmann versucht zur Uebernahme der Zuschußsummen zu bewegen, der Versuch ist gescheitert. Mit den übrigen beteiligten Gebieten sind daher bisher amtsseitig Verhandlungen mit den Interessenten nicht geführt worden. Für die Durchführung der vorliegenden Projekte stellte Vertretung einen Beitrag von 75000 Mk. bereit. Mit der Unterverteilung der Kosten und des Gemeindebeitrages wurde im Verein mit dem Gemeindevorstande eine Kommission eingesetzt, der angehören die Herren Verordneten Lemmert, Lausberg und Enneper. — Ein Antrag auf Niederschlagung von Umfassungssteuern wurde genehmigt. Punkt 9 der Tagesordnung „Lebensmittelversorgung“ wurde zur nächsten Sitzung vertagt. — Gegen 10 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Nach und Fern.

Kein Leinwandzeug für deutsche Säuglinge. Der Bruder des Königs von Schweden, Prinz Karl, der Chef des Roten Kreuzes ist, teilt mit, daß das schwedische Rote Kreuz von der Entente keine Erlaubnis erhalten habe, für die Säuglinge Deutschlands Leinwandzeug und Baumwolle auszuführen.

Fünfkennigtarif für Telefongespräche? Im Reichspostamt finden, wie berichtet wird, gegenwärtig Besprechungen über vorzunehmende Veränderungen im Fernsprechnetz statt, die zum Teil von weittragender Bedeutung sind. Ein für die Gesamtheit der Fernsprechnutzer wenig erfreulicher Vorschlag ist der, von dem Enten des Telefonabonnements abzugehen und dafür den Fünfkennigtarif für jedes Gespräch einzuführen. Man ist an den zuständigen Stellen im allgemeinen der Ansicht, daß viel zu viel gesprochen und das Telefon von seinen Besitzern weit über Gebühr in Anspruch genommen wird. So hofft man, auf diese Weise den Fernsprechnetz zu dämmen und die Fernsprechnetze zu entlasten zu können. Vorläufig sind jedoch über diese Frage die Verhandlungen noch vollkommen in der Schwebe.

Der diesjährige Heringsfang. Nach Blättermeldungen führten beträchtliche Heringsfänge in der Elbmündung zu einem reichlichen Aufkommen dieser Fische auf den Hamburger Märkten. Diese Nachrichten erweckten Erwartungen auf eine reichere Beschickung der Fischmärkte im Binnenland unter gleichzeitigem Sinken der Preise. Von einigen wenigen guten Fangtagen abgesehen, sind jedoch im ganzen die Erträge der diesjährigen Heringsfänge stark gegen das Vorjahr zurückgeblieben. Mit einer erhöhten Zufuhr von Herings kann also nicht gerechnet werden.

Verhinderter Geldschmuggel. In Feldkirch in Vorarlberg wurde von Grenzschutz ein Automobil vor dem Übertritt in die Schweiz angehalten und ihm ein Basel mit 1½ Millionen Kronen abgenommen.

Telegramme und Drahnachrichten.

Keine Landung polnischer Truppen in Danzig.

TO Berlin, 5. April. Nach einer Mitteilung der deutschen Waffenstillstandskommission ist das Abkommen über die Frage des Durchzuges polnischer Truppen durch deutsches Gebiet heute abend 7½ Uhr vom Reichsminister Erzberger und Marschall Foch in Spaa unterzeichnet worden. Die Bedeutung des Abkommens liegt darin, daß eine Landung in Danzig nicht stattfindet. Die deutsche Regierung hat Transportwege über Stettin, Pillau, Königsberg, Memel, Cöln und Frankfurt/Main vorgeschlagen. Die deutsche Regierung gewährleistet die vollkommene Sicherheit dieser Transporte. Auf der Gegenseite werden Maßnahmen getroffen werden, damit die auf dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen Truppen alles unterlassen, was Unruhen unter der Bevölkerung hervorrufen könnte. Die Transporte werden gegen den 15. August beginnen und ungefähr zwei Monate dauern.

Sämtliche Krupp'schen Werke sind stillgelegt.

TO Essen, 5. April. Heute vormittag hat die radikale Arbeiterschaft die Krupp'schen Werke stillgelegt, sodas von 11 Uhr ab der Betrieb in sämtlichen Krupp'schen Werkstätten und den damit in Zusammenhang stehenden Werken ruhen. Auch das Gas- und Elektrizitätswerk der Firma Krupp stehen still. Vor der Betriebseinstellung haben die radikalen Krupp'schen Arbeiter erhebliche Mengen von Gewehren und Waffen in den Werkstätten vernichtet.

Nachkonferenz der Eisenbahn-Arbeiter.

Frankfurt a. M. Die hier tagende Konferenz nahm entschieden Stellung gegen die Verfügung des preussischen Eisenbahnministers Oeser, den Eisenbahnarbeitern und Matrosenmitgliedern zur Tagung keinen Urlaub zu gewähren und keine Fortbezahlung der Löhne zu bewilligen. Das Rundschreiben Oesers müsse als eine Kampfanlage an die Arbeiter bezeichnet werden. In der Erörterung legte ein Münchener Vertreter dar, daß, wenn in Preußen der Widerstand des Eisenbahnministers gegen die Arbeiter nicht ausbreche, sich die bayerischen Arbeiter gegen die Reichseisenbahnen erklären müßten.

Neutralisierung des linken Rheinufer.

Paris. In französischen diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß das linke Rheinufer neutralisiert und von französischen und belgischen Truppen bis zur Bezahlung der Entschädigung besetzt werden wird.

Bayern und Rußland.

München. Die bayerische Regierung läßt offiziell die Blättermeldung dementieren, daß sie irgendwelche Verhandlungen mit der russischen Sowjetregierung eingeleitet habe.

Meuterei und Entwaffnung des Regiments Augusta.

Berlin. Der Anordnung der Reichsregierung zur Umwandlung des Regiments Augusta in eine Reichswehrbrigade widerlegte sich das Regiment, da es nicht dem Garde-Kavallerie-Schützen-Korps unterstellt werden wollte, und meuterte. Darauf wurde das Regiment von Truppen des Korps in der Kaserne umzingelt und kurzschad entwaffnet, was ohne Kampf vor sich ging.

Allgemeine Offensive der Sowjet-Armee.

Moskau. Wie Trozki bekannt gibt, steht der allgemeine Angriff der bolschewistischen Armee gegen Deutschland unmittelbar bevor. Die Städte Odesa und Nikolajew seien nach erbittertem Kampf von den Bolschewisten gekürrt worden.

Mannheim vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Mannheim. Die städtischen Finanzen nähern sich einer Katastrophe. Der Oberbürgermeister erklärte nämlich im Bürgerausschuß, man werde übers Jahr fühlen, daß wir ärmer sind als nach dem reißigjährigen Kriege. Der städtische Haushalt ist mit jährlich über drei Millionen Mark Schulden belastet.

Kriegsgefangenschaft nach Friedensschluß.

London. Die neue Ausländerbill deht die der Regierung durch das Ausländergesetz von 1914 verliehenen Befugnisse um weitere zwei Jahre aus und ermächtigt die Regierung, Befehle zu erlassen, die das Zurückhalten von Kriegsgefangenen in Kriegsgefangenen bis sechs Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages ermöglichen.

Wahlereien in Österreich.

Wien. Der ungarische Bolschewistenführer Bela Kun telegraphierte an die österreichischen Arbeiter, sie mögen noch etwas ausharren, da die letzten Sammerschläge gegen den Kapitalismus bevorstünden.

Selbstmordveruch eines ungarischen Großindustriellen.

Budapest. Der sich der ehemalige Besitzer der ungarischen Eisenbahn Warasdi Weiß vergiftet. Er nahm 5 Gramm Veronal. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Bermischte Meldungen.

Paris. König Albert von Belgien stattete Poincaré einen Besuch ab.

Lugano. Wie Mailänder Blätter aus Paris berichten, hat Wilson mit der Änderung der Gesamtverhandlungen gebröht, falls gewisse Kreise nicht von ihren mit den 14 Punkten nicht im Einklang stehenden Forderungen Abstand nehmen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver.



Freiw. Feuerwehr
Neuenhaus.



Aus den Reihen der Wehr sind folgende Kameraden gefallen:

Fritz Bauckloh
Carl Ecker
Albert Lange
Ernst Lange
Albert Kämper
Eugen Limprecht
Fritz Schlieck.

Als vermisst ist gemeldet:

Kamerad Rudolf Lenz.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Tode unseres lieben Entschlafenen sprechen wir allen Beteiligten unsere

Dank aus.

Oberbrügge, den 4. April 1919.

Frau Heinrich Giersieper sen.
und Familie.

Amt Halver.

Ware Nr. 7 des Lebensmittel-Ausweises.
Abgabe erfolgt auf rote Warenkarte Nr. 30 in der Verkaufsstelle des Händlers Robert Brocksteyer in Halver am Montag, den 7. April 1919 an die zum Rassebezug berechtigten Inhaber der Lebensmittel-Ausweis-Nr.

71—100	vormittags	8 Uhr
101—150	"	9 "
151—200	"	10 "
201—220	"	11 "

Die Bezugsberechtigten wollen sich pünktlich zu der für sie festgesetzten Zeit in der Verkaufsstelle einfinden.
Halver, den 3. April 1919. Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Der Kreistag des Kreises Altena hat in seiner Sitzung vom 11. März d. Js. die Zahl und die Verteilung der gemäß Verordnung betr. die Zusammensetzung der Kreistage usw. vom 18. 2. 1919 (Preuß. Ges. Sammlg. S. 23) neu zu wählenden Kreistagsabgeordneten wie folgt festgesetzt: Die Zahl der Kreistagsabgeordneten beträgt 28.

Es entfallen auf:

Stadt Altena	5 Abgeordnete,
Stadt Plettenberg	2 "
Titularstadt Neuenrade	1 "
Amt Nachrodt	1 "
" Halver	2 "
" Herscheid	1 "
" Kierspe	2 "
" Lüdenscheid	5 "
" Meinerzhagen	2 "
" Neuenrade (ohne Stadt)	1 "
" Plettenberg	2 "
" Werdohl	3 "

Dies wird gemäß § 55 der Westfälischen Kreisordnung zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkung, daß den Beteiligten hiergegen innerhalb 2 Wochen nach Ausgabe dieses Blattes die Klage bei dem Bezirksausschusse zusteht.

Altena, den 1. April 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Thomé, Landrat.

Anzeigen aller Art

Familien-Nachrichten, Stellengesuche und Angebote, Kauf- u. Verkaufsanzeigen usw.

in auswärtigen Zeitungen

beforgt ohne Preiszuschlag die
Geschäftsstelle des

Allgemeinen Anzeigers, Halver.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Zum internationalen sozialistischen Frauentag
veranstaltet die Unabhängige sozialdemokratische Partei

eine grosse öffentliche Versammlung

für Frauen und Männer
auf der Carlshöhe
am Sonntag, den 6. April 1919,
nachmittags 5 Uhr.

Referent Genosse Domitra spricht über das Thema:

Die Frau im neuen Deutschland.

Freie Diskussion.

Erscheint in Massen.

Unabhängige sozialdemokratische Partei.
Ortsgruppe Halver.

Empfehle meiner geehrten Rundschaft mein
großes Lager in

Herrn- u. Knabenmützen

aus guten Stoffen

in meiner eigenen Werkstatt gearbeitet, keine
Fabrikware, sowie

Stroh Hüte, Damenregen- u. Übergangshüte,
neueste Form, sämtliche

Herrenhüte und Mützen

werden sauber und schnell umgearbeitet auch
bei Stoffzugabe.

Ernst Hoffmann,

Felzwaren, Hüte u. Mützen.

Geschäftsempfehlung!

Den Bewohnern von Rönshohl und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage ein

elektrotechnisches Installationsgeschäft

im Hause von Herrn Erich Bever, Installateur, in Rönshohl eröffnet habe.

Auf Grund langjähriger Erfahrung auf diesem Gebiet kann ich die Zusicherung geben, daß die Arbeiten auf das Sorgsamste ausgeführt werden und auf das Zuverlässigste ausgeführt werden.

Ernst Christmann,

Ingenieur

Büro und Werkstatt für Elektrotechnik.

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.

Im Jahre 1921 eröffnet.

Der Ueberschuss des Geschäftsjahres 1918 beträgt für die Feuerversicherung:

70 Vom Hundert

der eingezahlten Beiträge, für die Einbruchdiebstahl-Versicherung gemäß der niedrigeren Einzahlung ein Drittel des vorstehenden Satzes, 23 Vom Hundert.

Der Ueberschuss wird auf den nächsten Beitrag angerechnet, in dem im § 11 Abs. 2 der Banksatzung bezeichneten Fällen bar ausbezahlt.

Auskunft erteilt bereitwilligst die unterzeichnete Agentur.
Halver, im April 1919. Adolf Welter.

Der „Allgemeiner Anzeiger“ kann bei allen Postanstalten auf jeden einzelnen beliebigen Monat abonniert werden.

Der Bezugspreis beträgt für Postbezieher ohne Bestellgeld Mk. 1,— für den Monat.

Verlag des

Allgemeinen Anzeigers

Halver i. Westf.

Stadt Halver.

Erna Dietrich

Otto Unger

Verlobte.

Lüdenscheid

Bayernstr. 51

Anschlag

Bez. Dortmund

6. April 1919.

Milchversandscheine

empfiehlt die

Geschäftsstelle dieser Zeitung

Fuhrknecht

welcher Landwirtschaft versteht, gegen hohen Lohn gesucht.

August Grote,
Oberbrügge.

1 Düllbreiter,
1 jung. Packer,
Platzarbeiter

sowie

mehrere kräftige Burken

finden lohnende Beschäftigung.

Gust. Meisenholler,
Schalksmühle.

Kontoristin

erfahren in leichten Kontorarbeiten, Maschinenschreiben und Stenographie zum 15. April oder später gesucht. Angebote m. Gehaltsansprüche unter X 645 an die Geschf. des „Allgem. Anz.“ Halver.

Suche zum baldigen Eintritt einige

Knaben u.
Mädchen

für leichte, lohnende Akkordarbeit.

Peter Seefinghaus,
Dahlebrück.

Für sofort ein

Lehrling

fürs Kontor gesucht,
sowie ein

Lagerist

möglichst aus der Werkzeugbranche gesucht.

Fr. Wilhelm Krägeloh,
Schalksmühle.

Ein zuverlässiger

Kutscher

der etwas Landwirtschaft versteht zum 20. April gesucht.

Ab. Theimann,
Halver.

Für dauernde Stellung suche tüchtigen

Suhrmann

selbiger muß auch landwirtschaftliche Arbeiten verstehen.

C. Zimmermann, Hl.-Rönshohl.

Markt-
taschen

kauft man preiswert bei
Wilh. Bell jr., Halver.

Katholische Gemeinde Halver.
Sonntag, den 6. April.

8 Uhr: Frühmesse
10 1/2 Uhr: Hochamt
2 1/2 Uhr: Fasten-Andacht.

Obstbäume

Apfel, Birn, Pflaumen,
Kirschen, Wallnüsse, Stachel-
und Johannisbeer. Hoch-
stämme u. Buschobst in bester
Ware und bewährten reich-
tragenden Sorten empfiehlt

Carl Pöke,

Calobach bei Rotthausen
Kr. Gummersbach

Ein ordentliches properes

Dienstmädchen

für sofort gesucht.

Frau Hugo Eichhoff,
Halver.

Braves, fleißiges

Mädchen

für Geschäft u. Haushalt,
nach Elberfeld sofort gesucht.
Wäsche u. Putzfrau vorhanden.

Frau Schwafels,
Elberfeld, Adersstr. 28.

Alleinstehende Frau

gesucht

für Arbeit im Haushalt
und Garten gegen Entgelt
und freie Wohnung.

Angebote unter B. 633
a. d. Geschf. d. Allg. Anz. Halver.

Geld gegen monatliche
Rückzahlg. verleiht
R. Caldearow, Hamburg 5.

Eine fast neue

Waschmaschine

ein sehr gut erhaltener
Mantelofen,

sowie einige gut verzinkte und
wenig gebrauchte

Milchtransportkannen

zu 15 und 20 Liter
zu verkaufen.

Eduard Speisberg,
Halverscheid b. Brügge.

Wegen Mangel an Raum
steht eine zum 4. male melk-
werdende

Ziege,

sowie ein gut erhaltenes

Fahrrad

zu verkaufen. Zu erfahren bei
Ab. Schnippering, Kierspe-Bhl.

Damenuhr

gefunden

Abzuholen Elberfelderstr. 7.

Dienstag morgen, den 8.
April erhalte ich

österr. Kühe.

Hugo Kerspe, Halver,
Telephon Nr. 52.